

Rausch Günter

„Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus im Quartier –  
Chancen und Grenzen der GWA“

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Und doch scheint die Fremdenfeindlichkeit sich allmählich in unserem Land wieder heimisch zu fühlen. Menschen, deren Aussehen, Erscheinen oder Auftreten von den gewohnten und vertrauten Bildern abweichen, erleben auch in Deutschland zunehmend Diskriminierung, Ablehnung, Hass und mitunter sogar Gewalt. Daneben gibt es sehr subtile Formen rassistischer Vorurteile, die gemeinhin als Alltagsrassismus bezeichnet werden. Das betrifft längst nicht nur die Menschen mit Migrationshintergrund. Es zeigt sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, dass Menschen, die nicht der Durchschnittsnorm oder der Normalbiographie entsprechen, zunehmend Probleme haben, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Tatsächlich ist all das, was wir in den letzten Jahren so vehement vertreten bzw. bekämpfen ja gar nicht so neu: Zuwanderung in Form großer Massenbewegungen und damit einhergehend besorgte und/oder kritische bis fremdenfeindliche Stimmungen und Bewegungen. Verfolgt man die mitunter unerträglichen Hasskommentare in den „sozialen“ Medien, wie zum Beispiel auf Facebook, könnte man den Eindruck bekommen, Deutschland würde von Zuwanderer\*innen geradezu „überflutet“. Sie behaupten, „das Boot ist voll“. Andererseits gibt es unter den demokratischen Kräften nicht wenige, die unermüdlich „offene Grenzen für Alle fordern.“ Was hilft da wirklich? Sind es Zahlen, Fakten und ein Rückblick in die Geschichte?

Laut Statistischem Bundesamt lag die Zahl der Zuwanderer im Jahre 2015 bei 2,14 Millionen, die überwiegend aus Syrien, Rumänien und Polen kamen. Gleichzeitig aber wanderten ca. 1 Million wiederum aus Deutschland aus, darunter rund 140.000 Menschen mit deutschem Pass. Doch schon zuvor war Deutschland ein Einwanderungsland geworden: Zum Jahresende 2015 lebten in Deutschland rund 9,12 Millionen mit ausländischem Pass. Die wichtigsten Herkunftsländer von Einwanderern sind die Türkei, Polen und Italien. Rund 19,3 Millionen, oder 23,6 % der in Deutschland lebenden Menschen hatten 2018 einen Migrationshintergrund. Hinzu kommen geschätzte 500.000 „Sans Papiers“, Menschen ohne offizielle Registrierung und Aufenthaltsrecht (der Terminus „Illegale“ wird bewusst nicht verwendet, denn „kein Mensch ist illegal“). Zuwanderung ist damit kein „Randproblem“, sondern ein Faktum inmitten der Gesellschaft.

Der Philosoph und Soziologe Zygmunt Bauman schrieb 90 – jährig kurz vor seinem Tod ein bemerkenswertes Essay über Migration und Panikmache: „*Die Angst vor den anderen*“ (2016), in dem er sich mit der neuen großen Zuwanderung in Europa auseinandersetzt: Nach seiner Meinung stellt das für jede Nation eine gewaltige Herausforderung dar, wenn in kurzer Zeit hunderttausende Menschen ins Land kommen, Und dennoch wirke es befremdlich, wenn Migration praktisch alle anderen Themen von den Titelseiten verdrängt, z.B. den Klimawandel, die Ungleichheit oder die zerfallende Staaten, was die eigentlichen Ursachen der Migration darstelle.

Zwischenzeitlich hatte sich schon im Herbst 2014 in Dresden die fremdenfeindliche Organisation „Pegida“ gegründet. In anderen Städten gab es vergleichbare Initiativen, die 2015 zeitweise bis zu 30.000 Menschen versammeln konnten. Die Saat dieser Panikmache schien aufzugehen. Nach einer Befragung des Allensbach-Instituts vom Februar 2016 fürchteten 82 Prozent der Deutschen zunehmende Gewalt und Kriminalität. 74 Prozent machten sich große Sorgen vor Terroranschlägen in Deutschland und 73 Prozent fürchteten, dass immer mehr Flüchtlinge ins Land kämen. ([https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\\_reportsdocs/FAZ\\_Februar016.pdf](https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/FAZ_Februar016.pdf))

Seither gab es eine restriktive Sicherheits-, Ab- und Ausweisungspolitik vonseiten der Bundes- und Landesregierungen. Die Einwanderungszahlen gingen massiv zurück. Hatten im Jahr 2016 rund 745.000 Asylanträge so wurden 2018 in Deutschland nur noch 185.000 Asylanträge gestellt.

Dennoch eskalierten im Spätsommer 2018 in der Stadt Chemnitz erneut fremdenfeindliche Ausschreitungen. Am 28. 8. 2018 schrieb DIE ZEIT: "Der Abend, an dem der Rechtsstaat aufgab. Tausende Rechtsextreme ziehen durch Chemnitz, zeigen den Hitlergruß, greifen Gegendemonstranten und Journalisten an. Die Polizei ist unterlegen und lässt sie gewähren." Die Bundesregierung, insbesondere deren Innenminister sowie die bayerische Landesregierung wurden nicht müde, den Anschein zu erwecken, dass sie weiteren Zuzug verhindern, Abschiebungen forcieren und die Fluchtwege nach Europa verbauen könnten.

Wenige Wochen danach zog die rechtspopulistische Partei AfD in Bayern und in Hessen in die letzten offen gebliebenen Landesparlamente der 16 deutschen Bundesstaaten ein, nachdem sie bereits im Herbst 2017 bei den Bundestagswahlen mit 12,6 % der Stimmen überaus erfolgreich war. Gäbe es nun, ein Jahr danach, Neuwahlen, erzielte die AfD je nach Umfrageinstitut zwischen 15 und 18 % aller Stimmen. CDU/CSU und SPD verzeichnen enorme Stimmenverluste. Für viele besorgte Demokrat\*innen sind diese Zahlen und Entwicklungen sehr beängstigend. Wenn etwa jede sechste Wähler\*in ihre Stimme explizit einer rechtspopulistischen Partei geben würde, muss dies berechtigte Sorgen und Ängste auslösen. Fachleute weisen indessen darauf hin, dass diese Stimmenpotenziale für die rechtspopulistische AfD lediglich die Spitze des Eisberges bedeuten könnte. Nach einer Untersuchung der Universität Bielefeld votierten bei einer bundesweiten Befragung zwischen 63,7 % in Mecklenburg-Vorpommern und 36,9 % in Berlin für fremdenfeindliche Positionen. Als Zeichen für Fremdenfeindlichkeit galt in der Studie eine Zustimmung zu den Aussagen "In Deutschland leben zu viele Ausländer" und "Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat schicken". (<https://rp-online.de/politik/deutschland/fremdenfeindlichkeit-in-deutschland iid-11820869>)

Dass es darüber hinaus um mehr als nur die besorgniserregenden Wahlergebnisse geht, zeigen auch die Kriminalstatistiken: 23.555 rechtsmotivierte Straf- und Gewalttaten wurden für das Jahr 2016 von der Polizei registriert. Tag für Tag werden in Deutschland Straf- und Gewalttaten mit rechtem Hintergrund begangen. Rein rechnerisch ereignete sich 2016 etwa alle 22 Minuten ein Straffall mit rechtspolitischen Motiven (2017 waren es 19.467). <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/264178/pmk-statistiken>

Vor diesem Hintergrund berieten an historischer Stätte, im Schatten der Wartburg, während der GWA-Werkstatt im Juni 2018 Fachkolleg\*innen aus dem gesamten Bundesgebiet unter dem Motto „Gemeinwesen Macht Demokratie“ die neueren Entwicklungen im Umfeld der Gemeinwesenarbeit (GWA): Welche Themen beschäftigen aktuell die Kolleg\*innen im Arbeitsfeld GWA? Was machen die oben skizzierten Dynamiken eigentlich mit der GWA? Und was unternimmt die GWA konkret gegen diesen Rechtsruck bzw. kann und will sie überhaupt dagegen etwas ausrichten? Und welche Wirksamkeiten könnte ausgerechnet die Gemeinwesenarbeit in Aussicht stellen? Tatsächlich scheint das „Gespenst des Populismus“ die westlichen und östlichen Demokratien, ja sogar den Zusammenhalt der Europäischen Union im Kern zu bedrohen. Im März 2018 ließ eine Studie der Bertelsmann Stiftung aufhorchen: Demnach lebten weltweit aktuell 3,3 Milliarden Menschen unter der Herrschaft eines Autokraten. Insbesondere dort, wo soziale Spannungen nicht ausgeglichen würden, wüchsen auf Dauer antidemokratische Stimmungen: "Populistische Bewegungen und ihre Anti-Establishment-Slogans sind unter diesen Bedingungen aufgeblüht" (Bauchmüller Michael, Diktatur gewinnt, Demokratie verliert, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. März 2018). In vielen EU-Staaten gibt es starke rechtspopulistische Oppositionsparteien, z.B. in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Schweden oder Deutschland. In Belgien, Finnland, oder Österreich sind die Rechtspopulisten inzwischen an der Regierung beteiligt. Anderswo stellen populistische Parteien sogar die Regierung, z.B. in Polen, Ungarn, Tschechien oder in Italien.

Das heißt, der Rechtspopulismus ist auf einem rasanten Vormarsch. Er spricht neben den Schichten und Milieus, die einen sozialen Abstieg befürchten, vor allem jene Menschen an, die mit den Verwerfungen, Widersprüchen, Uneindeutigkeiten und Unbekanntem schlecht umgehen können und/oder bereits persönlich Benachteiligung erleiden müssen. „Die Welt ist für die Menschen voller Unsicherheiten. Rechtspopulistische Parteien sind dann eine Verlockung“ (Hauschild J.). Sie bedienen aber auch die Erfahrungen und Ängste jener Schichten, die von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind, die in den Städten unter der neuen Wohnungsnot leiden oder sich von politischen Entscheidungsprozessen abgetrennt fühlen. Vermeintliche und vorhandene Missstände, soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen sowie bedrohlich anmutende neue Entwicklungen werden populistisch thematisiert. „Schuld sind die da oben“, „was wir denken, interessiert niemand“ und „die Eliten kümmern sich sowie nur um den eigenen Vorteil“, lauten dann häufig die Sprüche, nicht nur der Protagonisten. Dabei ist es keineswegs so, dass die rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen schlüssige Konzepte etwa gegen soziale Ausgrenzung und Benachteiligten vorzuweisen hätten. Im Gegenteil, sie bekennen sich zumeist zum herrschenden Wirtschaftssystem und/oder profitieren selber ungeniert im großen Stil davon (Beispiel Trump). Es ist geradezu paradox, dass Rechtspopulisten wie Trump und Le Pen auch dort Rückhalt finden, wo jene Menschen leben, gegen die sich im Kern deren Programmatik wendet.

Der französische Autor Didier Eribon beobachtet in seiner Heimat Frankreich, wie sich „große Teile der prekarierten und verwundbaren Unterschicht mit Leuten aus Handelsberufen, mit wohlhabenden...Rentnern, sogar mit faschistischen Exmilitärs und traditionalistischen Katholiken verbinden“ (Eribon D.,2016,Rückkehr nach Reims, S.128). Tatsächlich sind Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit oder Nationalismus in breiten Bevölkerungsschichten vorzufinden. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, oftmals aber in den Bildungs- und Sozialisationsgeschichten und deren Sozialräumen verwurzelt. „Das Viertel, in dem man lebt, ist für das Selbstverständnis und die Sicht auf die Welt nun wichtiger als der Arbeitsplatz und die Position im sozialen Gefüge.“ (Eribon D., S. 140) Solche Wohngebiete sind keineswegs homogen, sondern sind von oftmals in sich zerstrittenen oder zumindest von unterschiedlichen Interessen und vielfältigen Vorstellungen der Bevölkerungsgruppen bestimmt. Sie scheinen inzwischen zunehmend im Fokus der Populisten zu stehen. Diese finden hier nicht nur politisch auszuschlachtende Themen, sondern offensichtlich auch Wählerpotenziale: „Die Vorstellung, ‚andere‘ könnten von diesen Anrechten - oder dem, was noch übrig ist – ebenfalls profitieren, wird unerträglich, da man glaubt, der eigene Anteil an ihnen werde dann kleiner.“ (Eribon D., S. 140). Solche Menschen fühlen sich oftmals nicht nur von den etablierten Parteien und Institutionen alleine gelassen. In ihrer Biographie hat sich offensichtlich das Gefühl verfestigt, selber nicht ernst oder sogar gar nicht wahrgenommen zu werden. Was lange Zeit als „Politikverdrossenheit“ mehr oder weniger ernsthaft zur Kenntnis genommen wurde, nämlich die zunehmende Abneigung großer Wählerschichten gegenüber „Politikern“ im Allgemeinen und den Regierungsparteien im Besonderen, was häufig auch durch Nichtwählen zum Ausdruck gebracht wurde, gelangte inzwischen auf die Mühlen von Rechtspopulisten. Wer über Jahre hinweg die Stimmungslagen in den Wohnquartieren, in denen heute sehr hohe Stimmenanteile auf die AfD entfallen, beobachtet hat, wird sich hierüber wohl ärgern, aber nicht wundern.

Verwunderung lösen dagegen die Recherchen im Internet und in den einschlägigen Printmedien zu gelungenen Gemeinwesenarbeitsprojekten gegen den Rechtspopulismus in Deutschland aus. Welche Erfahrungen gibt es in der GWA mit Handlungsansätzen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus? Der Fachdiskurs scheint hierzu sehr dürftig zu sein. Empirisch fundierte Erkenntnisse lassen sich leider nicht herleiten. Es fehlten bislang die längst überfälligen Förderprogramme für einschlägige Forschungs- und Entwicklungsprogramme. Hier dürfen wir auf die Erkenntnisse einiger gerade angelaufenen Forschungsprojekte gespannt sein. Ebenso auf die Ergebnisse eines Fachtages zum Thema „Rechtspopulismus und Nachbarschaftsarbeit“, der Ende November 2018 in Darmstadt stattfinden wird. Könnte da ggf. ein Exkurs in die Entstehungsgeschichte der Gemeinwesenarbeit ein paar Impulse geben?

## **Neue Impulse durch einen Rückblick auf die Historie der GWA?**

Wie im Eingangszitat erinnert, ist die Gemeinwesenarbeit seit ihren Anfängen u.a. mit Jane Addams gegen Ende des 19. Jahrhunderts gerade in jene Quartiere gegangen, in denen die Armen, die Ausgegrenzten und die Migrant\*innen keineswegs immer schiedlich??? und friedlich miteinander lebten. Bereits 1886 wurde in New York die "Neighbourhood guild" gegründet, um "die Hilfe nicht wie seither von oben nach unten in der wohlbekannt\*en Haltung des Wohltät\*ers zu bringen, sondern dem leidenden Volke Freund zu werden und unter den Ärmsten und Elendesten Nachbar unter Nachbarn zu werden" (Münsterberg, 1906: 100).

### **Jane Addams, das Hull House und politische Einmischung**

1889 gründeten Jane Addams und einige Freundinnen das erste Settlement-House in Chicago. Es wurde nach seinem Vorbesitzer und Erbauer Charles J. Hull benannt. Hull House bot Räume und Gelegenheiten für Begegnung und Selbstorganisation, initiierte Sprach- und Kulturangebote, betreute und bildete Kinder und Jugendliche und förderte die Kommunikation im Quartier. Es ging zugleich auch um ein analytisches Interesse, das im Sinne der teilnehmenden Feldforschung umgesetzt wurde, nämlich „durch das Leben des Lebens Nöte kennen zu lernen“ (Jane Addams zitiert in Müller, 1991, S. 62). Wichtig war vor allem die Existenzsicherung, etwa in Form von Essensausgaben, aber auch politische Strukturarbeit, zum Beispiel zur Hygienevorsorge, Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung. Engagement gab es ganz pragmatisch vor Ort und zwar dort, wo der Schuh drückte („social issues“). „Es ist die Aufgabe von Hull House ein Zentrum für ein höheres öffentliches und soziales Leben zu sein; Einrichtungen der Bildung und der Philanthropie zu gründen und zu unterhalten und die Lebensbedingungen in den industriellen Bezirken von Chicago zu untersuchen und zu verbessern“ (Addams, zitiert in Müller 1999: 73). Eine Besonderheit, die für viele aktuell professionell Tätige in Theorie und/oder Praxis der Sozialen Arbeit, vielleicht beispielgebend sein könnte, sollte noch hervorgehoben werden: Man beschränkte sich nicht nur auf Aktivitäten im Sozialraum oder im lokalen Bereich. Zwar mussten die sozialen Probleme in Chicago, wo rund 300.000 zugewanderte Menschen unter miserablen Lebensbedingungen litten, in der Kommune bewältigt werden, aber ihre Ursachen und nachhaltigen Lösungen lagen auf anderen Ebenen.

Vor allem Jane Addams arbeitete unermüdlich auf lokaler, nationaler und auf internationaler Ebene in unterschiedlichsten Gremien und Initiativen, um grundlegende Veränderungen zugunsten der armen und benachteiligten Menschen herbeizuführen. Wendt formulierte das so: „Die Residents erkannten bald, dass ihre Aktivitäten erst dann eine dauernde Veränderung und Verbesserung des Lebens im Wohngebiet bedeuten konnten, wenn sie sich in der kommunalen Politik fortsetzten. Die 'settlement workers' mischten sich ein, beteiligten sich an der lokalen Selbstverwaltung und ermunterten andere Bewohner zu politischem Handeln.“ (Wendt, 1990: 151).

Dabei basierte das gemeinschaftliche Handeln auf gemeinsamen Werten und Regeln, die sich explizit an demokratische, dialogische Prinzipien orientierten: „Wer in ein Settlement zog, erwarb keinerlei Macht per Entscheidung über eine Mittelvergabe, keine Gewalt, die ihn stützen oder schützen konnte“ (ebd.: 150). Im Hull House ging man „von der ungebrochenen Überzeugung aus, dass Menschen fähig sind, ihr Leben selbst zu bestimmen und zu gestalten, wenn sie daran nicht zwanghaft durch die sozialen Umstände gehindert werden, unter denen sie leiden“ (Müller, 1988: 94). Jane Addams, die 1934 den Friedensnobelpreis erhielt, verband die Ideen von sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Gleichheit mit einer „universalen Solidarität“: „Wenn Solidarität der menschlichen Interessen verwirklicht werden soll, wird es undenkbar, dass eine Klasse von Menschen für die vermeintlichen Bedürfnisse einer anderen Klasse von Menschen geopfert werden soll. [...] Für verschiedenste Gruppen von Männern und Frauen in der ganzen Welt ist offenbar die Zeit gekommen, um sicherzustellen, dass alle Menschen gegen den Hungertod versichert werden müssen (Addams, 1947, zitiert nach Staub-Bernasconi, 1995: 5). Etwa zur gleichen Zeit der Gründung des Hull Houses und der Rezeption der englischen Settlementbewegung in den USA entwickelte John Dewey, ein US-amerikanischer Philosoph und Pädagoge mit seinen Schriften und

Vorträgen ein Demokratiekonzept, das nach wie vor für die GWA aktuell erscheint: „Das klare Bewusstsein eines gemeinschaftlichen Lebens, mit allem, was sich damit verbindet, konstituiert die Idee der Demokratie.“ (John Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, Philo, Bodenheim 1996 S. 129).

### **Dewey's gemeinwesenorientiertes Demokratiekonzept**

Inwiefern könnte sich vor diesem Hintergrund auch die Besinnung auf John Dewey's philosophische Theorie der partizipativen Demokratie als nützlich erweisen? Er hat vor rund einhundert Jahren insbesondere auf die Bedeutung des alltäglichen Zusammenlebens verwiesen: Für ihn war eine demokratische Community unabdingbar mit der Idee einer gelebten Pluralität trotz unterschiedlicher Interessen und eines lebendigen kommunikativen Austausches über die eigene Community hinaus verbunden. Es ist bemerkenswert, wie Barnett, Addams und viele andere fortschrittliche Bürger\*innen des 19. Jahrhunderts die „soziale Frage“, also die Frage nach der Überwindung der Massenarmut durch die Herstellung von Gerechtigkeit, mit den Vorstellungen eines demokratischen Umganges miteinander im Kleinen wie in der großen Gesellschaft („Great Community“) verbanden. Diese Verbindung der sozialen Lebensverhältnisse mit demokratiepolitischen Perspektiven hat Dewey (1859 – 1952) nicht nur philosophisch beleuchtet, sondern ganz konkret auf das alltägliche Leben herunter gebrochen. Für ihn ist Demokratie weniger eine Frage der Regierungsform, als eine Form des miteinander Umgehens. Dementsprechend beginnt für ihn Demokratie keineswegs bei den Parlamentswahlen oder dergleichen, sondern im alltäglichen Zusammenleben: „Democracy must begin at home and its home is the neighborly community“ ( (Dewey 1927/1996: 177). Dewey verweist weniger auf das persönliche Zuhause, das private Heim oder die eigene Wohnung, als vielmehr auf die Bedeutung nachbarschaftlicher Beziehungen bzw. Gemeinschaften. Diese könnten nur face-to-face über persönliche Beziehungen und durch das gemeinschaftliche Handeln entwickelt werden. „Wo immer es eine gemeinsame Tätigkeit gibt, deren Folgen von jedem einzelnen der an ihr teilnehmenden Personen für gut befunden werden, und wo die Verwirklichung des Guten von der Art ist, dass sie ein tatkräftiges Verlangen und Bemühen hervorruft, es zu erhalten, weil es ein von allen geteiltes Gut ist, da gibt es insofern eine Gemeinschaft“ (Dewey, a.a.O., S. 328). Wichtig sind das gemeinsame Denken, das miteinander Sprechen und schließlich als Prozess und als Ergebnis die Zusammenarbeit. In diesen Aushandlungsprozessen entwickelten sich sowohl Gemeinschaften als auch die einzelnen Menschen. Demokratieentwicklung ist mithin auch eng verbunden mit Bildungs- und Erziehungsprozessen, die bei Dewey nicht im Sinne traditionellen Schullernens verstanden werden. Vielmehr entfalten sie sich im alltagsnahen Gemeinschaftslernen auf der Basis des von ihm so bezeichneten „learning-by-doing“. Nach Knoll handelt es sich um einen Dreiklang von Kommunikation, Partizipation und Kooperation als unerlässliche Voraussetzung, „damit die Menschen zum einen ihre Potentiale ausschöpfen und sich voll verwirklichen konnten; zum anderen seien sie dann auch in der Lage, ihre unveräußerlichen Rechte auf Selbstbestimmung, Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit uneingeschränkt wahrzunehmen.“ (Knoll Michael, Anders als gedacht. John Deweys Erziehung zur Demokratie, in: Zeitung für Pädagogik, Heft 5/2018, zitiert nach <http://www.mi-knoll.de/168401.html>, zuletzt am 1.5. 2018).

Wie kann man sich „Demokratielernen“ konkret vorstellen? In Anlehnung an Dewey geschieht dies methodisch am ehesten über „learning by doing“, zuvörderst angesiedelt in Familie und Schule. Dabei sollten sich die Einstellungen und Haltungen der Mensch im Miteinander widerfinden: „Das klare Bewusstsein eines gemeinschaftlichen Lebens, mit allem, was sich damit verbindet, konstituiert die Idee der Demokratie.“ Dieses fundamentale Demokratieverständnis Deweys fand sich nach 1945 in Westdeutschland in us-amerikanischen Modellen eines demokratischen Neuaufbaus Deutschlands wieder. Herta Kraus, die als Deutsche jüdischer Abstammung vor den Nazis in die USA geflohen war, kam nach dem Krieg zurück, um beim Demokratieaufbau zu helfen. Sie empfahl „Community Organization“ als Aufgabe wie als Methode, die weit über das Anwendungsgebiet der Sozialen Arbeit hinausginge, „aber Sozialarbeit ohne Community

Organization wäre kaum denkbar. Letzten Endes handelt es sich um ein Stück Lebensäußerung der Mitbürger eines ganzen Volkes, die das Recht haben und nutzen, an allen Aufgaben der Gemeinschaft in freiwillig gewählter Verantwortung aktiv mitzutun“ (Kraus H., 1951: 191).

### **Community Organization – Begriffsfindung in Deutschland**

Die englische Bezeichnung “Community for social welfare” übersetzte Kraus vor rund 70 Jahren mit “Gemeinschaftsarbeit für das Gemeinwohl” (Kraus H., 1951: 185). Die Übersetzung des zentralen Begriffes der “community organization” mit Gemeinschaftshilfe, wäre unmittelbar nach Kriegsende nicht optimal gewählt gewesen. Einerseits war dieser Terminus ideologisch noch sehr belastet, andererseits wird in den USA darunter offensichtlich mehr und zum Teil auch anderes verstanden. Im Deutschen wird hierbei stets auch eine emotionale und persönliche Verbundenheit mitgedacht (vgl. Mesle K., 1978: 58). Vogel und Oel hatten durchaus die möglichen übersetzbaren Vokabeln der “Gemeinde” und des “Gemeinschaftshandelns” im Auge, als sie “Community Work” 1966 den deutschen LeserInnen offerieren wollten. Dennoch verständigten sie sich letztlich darauf, “aus der praktischen Sozialarbeit heraus bestimmte Berufserfahrungen theoretisch zu klären und unter dem Begriff ‘Gemeinwesenarbeit’, wenigstens vorläufig, methodisch zu systematisieren” (Vogel R.-M. u. Oel P., 1966: 17). Mit der Bezeichnung “Gemeinwesenarbeit” schien eine Kompromissformel gefunden worden zu sein, die sowohl territoriale, politische und soziale Elemente als auch den personalen und menschlichen Faktor einschließt. Im Handbuch der Gemeinwesenarbeit definieren Stövesand und Stoik Gemeinwesen als „einen sozialen Zusammenhang von Menschen, der über einen territorialen Bezug (Stadtteil, Nachbarschaft), Interessen und funktionale Zusammenhänge (Organisationen, Wohnen, Arbeit, Freizeit) oder kategoriale Zugehörigkeit (Geschlecht, Ethnie, Alter) vermittelt ist bzw. darüber definiert wird.“ (2013: 16).

Dessen ungeachtet erscheint in der Retrospektive die von Kraus vorgeschlagene Übersetzung von Community mit “Gemeinschaftsarbeit” durchaus plausibel. Möglicherweise wäre damit deutlicher geworden, dass auch die “Inszenierung von Gemeinschaften” eine ureigene Aufgabe der “Community Work” ist. Sie verfügt über die entsprechende Tradition und das erforderliche Handwerkszeug, um gemeinschaftliches Handeln zu initiieren, zu fördern und zu koordinieren.

### **Gemeinwesenarbeit als Menschenrechtsperspektive**

Dabei wurde immer impliziert, dass diese Gemeinschaften sich auf der Basis demokratischer Menschenrechte entwickeln, die ihrerseits nicht ohne ihre Wurzeln in der europäischen Kultur und hier nicht zuletzt der christlichen Werte denkbar sind. Papst Benedikt XVI. erinnert in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22. 9. 2011 an die Schrecken der Nazizeit, ohne demokratische Menschenrechte, mit folgenden Worten: „Wir Deutsche wissen es aus eigener Erfahrung, dass diese Worte nicht ein leeres Schreckgespenst sind. Wir haben erlebt, dass Macht von Recht getrennt wurde, dass Macht gegen Recht stand, das Recht zertreten hat und dass der Staat zum Instrument der Rechtszerstörung wurde – zu einer sehr gut organisierten Räuberbande, die die ganze Welt bedrohen und an den Rand des Abgrunds treiben konnte. Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren ist und bleibt die grundlegende Aufgabe des Politikers.“

Nach Staub-Bernasconi ist der Auftrag der Profession Soziale Arbeit diesem historischen Vermächtnis durchaus verpflichtet: „Menschenwürde, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit gehören in diesem handlungswissenschaftlichen Bezugsrahmen zum normativen Wissen, ...[aber, G.R.] auch als regulative Idee für die Diagnose, die Wahl human- und sozialwissenschaftlichen Bezugswissens, von Zielsetzungen und Arbeitsweisen“ (ebd. 2013a, S.215).

Um zu verdeutlichen, dass dieser Ansatz keineswegs nur einer deutschsprachigen Lesart Sozialer Arbeit entspricht, soll an dieser Stelle der australische Autor Jim Ife zitiert werden, der in seinem

Buch „Human Rights and Social Work“ (2012) nahezu deckungsgleich schrieb: „Soziale Arbeit ist wohl die zentrale Menschenrechtsprofession, wenn man ihre Wertebasis und die Auseinandersetzung mit allen Menschenrechten innerhalb ihrer Praxis betrachtet“. Dass es mit dieser Orientierung auf die Menschenrechte nicht bei einer bloßen Proklamation bleiben darf, macht Staub-Bernasconi mit der Skizzierung eines Handlungsrahmens deutlich: „In der Alltagspraxis der Sozialen Arbeit kommen Arbeitsweisen wie Bewusstseinsbildung über Menschenrechte, interkulturelle Verständigung, Ressourcenerschließung bei Diskriminierung, Befähigung für Mitwirkung und Mitbestimmung, aber vor allem auch Umgang mit Machtquellen und Machtstrukturen hinzu.“ (Staub-Bernasconi Silvia, 2008, Menschenrecht in ihrer Relevanz für die Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Oder: Was haben Menschenrechte überhaupt in der Sozialen Arbeit zu suchen? In: Widersprüche, Heft 107, Kleine Verlag, Bielefeld,: S. 9-32; S. 22)

Eine in diesem Sinne verstandene Gemeinwesenarbeit geht über das allgemeine Verständnis von Sozialarbeit, aber auch über Stövesands und Stoiks GWA-Definition hinaus. Vor allem bei Ife ist es eine grundlegende „Herangehensweise an Arbeit, Leben und progressiven Wandel und als Art des Denkens anstatt einfach als Tätigkeit oder als eine Zusammenstellung von Praxisanleitungen“ (Ife 2010, S.49). Er reflektiert die vielschichtigen Machtstrukturen im Rahmen des Postkolonialismus, betont die zu fördernden Interdependenzen im Gemeinwesen und bindet sowohl die ökologischen als auch globalen Perspektive mit ein, wobei er interessanterweise auch indigene Wissensbestände in den Traditionen der Aboriginal People in Australien berücksichtigt. Explizit fordert er einen „Rahmen der sozialen Gerechtigkeit oder der Menschenrechte. Wenn ein solcher Rahmen nicht gegeben ist, kann Community Development zu einer Praxis führen, welche Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit verletzt und unterdrückende oder unfaire Praxis unterstützt sowie Minderheiten ausgrenzt, und all dies im Namen eines selbstbestimmten Gemeinwesens“ (Ife 2010, S.48).

Für Ife (2010) können Menschenrechte nur in Gemeinschaften durchgesetzt und eingeübt werden. Er verknüpft, anders als viele deutschsprachige Autor\*innen, die politischen Menschenrechte notwendig mit den sozialen. Das eine lässt sich schlechterdings ohne das andere denken. Wer die politische Teilhabe fördern will, muss den Menschen auch die materielle und soziale Teilhabe zugestehen. Und umgekehrt. Da gibt es nach Ife wechselseitige Interdependenzen, die in der Gemeinwesenarbeit als Chance betrachtet werden sollten, wobei auch hier die soziale Komponente besonders wirksam erscheint. Ife schlägt vor, dass die Teilnehmenden im Gemeinwesen auch selber die jeweiligen Angebote und Programme mitgestalten können. Er nennt dies „community ownership“ (ebd., S.163). Gehandelt werden könnte dies über so genannte „Community Management Committees“, die aus Bewohner\*innen bestehen. Diese könnten vor Ort die Konkretisierung der Menschenrechte definieren und ihre Um- und Durchsetzung planen. Vorausgesetzt, dass die Rechte anderer und die Interessen des gesamten Gemeinwesens gewahrt werden (vgl. ebd., S.163ff).

Von dieser grundsätzlichen Orientierung der Gemeinwesenarbeit auf die Achtung und Verteidigung der Menschenrechte soll nunmehr wieder der Bogen zum Kernthema dieses Aufsatzes geschlagen werden.

**Begegnung und Solidarität öffnen Wege aus der Krise** Bauman, der als polnisches Kind von jüdischen Eltern selber vor den Nazis fliehen musste, zeigt durchaus Verständnis für Gefühle der Unsicherheit und der Angst, auch der Angst vor dem und den Fremden und verweist auf die eigentümliche Wahrnehmung, nach der Immigranten die schlechten Nachrichten aus einem fernen Winkel der Erde direkt vor unsere Haustüre bringen. „Sie führten uns vor Augen und hielten in unserem Bewusstsein, was wir so gerne vergäßen würden, nämlich jene Ängste vor übermächtigen Kräften, die auch unser Leben beeinträchtigen könnten.“ (a.a.O. S.21). Die solchermaßen entstandenen Gefühle seien der Nährboden für politische Stimmenfänger, nicht nur der äußersten politischen Rechten. „Das ist eine Chance, die immer mehr Politiker sich nicht entgehen lassen wollen. Kapital zu schlagen aus den Ängsten, die der Zustrom der Fremden auslöst.“ (a.a.O., S. 22).

Welche konkreten Formen und Facetten dieses ungenierte Ausnutzen diffuser Ängste annehmen kann, konnte man in Deutschland vor dem Hintergrund der bayerischen Landtagswahlen beobachten. Im Ergebnis wird eine Demontage der ehemaligen Volksparteien und mithin eine „Krise der Demokratie“ beklagt, zumal die rechtspopulistische AfD nunmehr auch im bayerischen Landtag ihre Auftritte bekommen wird. Bauman schrieb bereits 2016 „Die Menschheit befindet sich in der Krise – und es gibt keinen anderen Ausweg aus dieser Krise als die Solidarität zwischen den Menschen“ (S. 24).

Ausgerechnet diesen „Königsweg“ empfohlen zu bekommen, mag zunächst erstaunen. Solidarität scheint nicht in diese Zeit zu passen, in der die großen Agenturen, die ehemals diese altruistisch erscheinende Haltung und Verhaltensweise proklamierten, sichtbar ihren mächtigen Einfluss verloren haben (Parteien der Arbeiterbewegung, Kirchen, Gewerkschaften etc.). Nicht alleine, dass das Gesellschafts- und Menschenbild der Zusammengehörigkeit und Verbundenheit unter Seinesgleichen sich im Paradigma der Individualisierung und Pluralisierung aufgelöst hat. Es wurde augenscheinlich dem neoliberalen Zeitgeist einer allseitigen Ellbogenmentalität und individuellen Durchsetzungsfähigkeit auf den Jahrmärkten der Erfolgreichen geopfert. Bei Bauman bleibt der Solidaritätsbegriff offen. Für die anwendungsbezogene Gemeinwesenarbeit wäre dies wenig hilfreich.

### **Solidarität als Weg und Ziel?**

Baumann untermauert seine handlungsleitende These zunächst mit einem erstaunlichen Zitat von Papst Franziskus anlässlich seines Besuches auf Lampedusa: „...Wir haben den Sinn für die geschwisterliche Verantwortung verloren... Die Kultur des Wohlergehens macht uns unsensibel für die Schreie der anderen...“ (a.a.O. S. 26). Offensichtlich sollte Betroffenheit erzeugt werden. Aber auch hier bliebe alles auf einer distanziert unkonkreten Betrachtungsebene, wäre er auf seiner Spurensuche nicht zu Hannah Arendt weitergegangen. Hannah Arendt, die 1933 selbst vor dem Terror des deutschen Faschismus fliehen musste und in den USA Asyl fand, hat vor ihrem biographischen Hintergrund eine Philosophie entwickelt, an die Bauman durchaus pragmatisch anknüpft, um seine Gedankengänge in konkrete Umsetzungsperspektiven insbesondere auf die notwendige Begegnung mit anderen zu leiten. Er zitiert Arendt: „Politisch gesprochen besteht der Hauptunterschied zwischen Denken und Handeln darin, dass ich nur, während ich denke, mit meinem eigenen Selbst oder dem Selbst eines Anderen zusammen bin, wohin gegen ich mich in dem Augenblick, in dem ich zu handeln beginne, in der Gesellschaft der Vielen befinde.“ (Arendt bei Bauman a.a.O., S. 98). Wie ist das zu verstehen?

Arendts Denken war dagegen stark von der Philosophie der griechischen Antike beeinflusst. Die aristotelische Polis basierte auf der Vorstellung der freundschaftlichen Verbundenheit und einer Freiheit, die sich auf das Miteinandersprechen gründete. Hannah Arendt hat in ihrem grundlegenden Werk *Vita activa* das *Handeln* als eine spezifische menschliche Tätigkeit herausgearbeitet, das notwendig die menschliche Pluralität oder Vielheit voraussetzt. Gemeint ist nicht nur, dass es viele Menschen sondern auch verschiedene Menschen gibt. Arendts Handeln meint den Bereich, „der zwischen Menschen qua Menschen liegt“ (Arendt H., 1985: 172). Er wird von Arendt auch „das Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheit“ genannt (Arendt H., 1985: 173). Handeln kann also nur mit anderen gemeinsam geschehen und ist damit immer auch politisch. Miteinander sprechend können die Menschen ihre Angelegenheiten regeln und ihre Probleme auf der Basis gleichberechtigter Anerkennung und Toleranz bewältigen. Kraft des Versprechens und Vertrauens, entstünde die „Souveränität einer Gemeinschaft, die zusammengehalten und aneinander gebunden ist - nicht durch den sie beherrschenden Willen eines Einzelnen, der aus Vielen Einen macht - sondern durch ein Vorhaben, auf das die Vielen sich geeinigt und um dessentwillen sie sich durch Versprechen aneinander gebunden haben.“ (Arendt H., 1985: 240f.) Ein solchermaßen verstandenes Handeln gelingt nur da, „wo Menschen miteinander, und weder für- noch gegeneinander, sprechen und agieren“ (Arendt H., 1985: 169).

### **Lernziel Solidarität**



Arendt solchermaßen verstanden, öffnet nunmehr nicht nur für Bauman neue Wege aus der so genannten „Flüchtlingskrise“. Es böte auch der Gemeinwesenarbeit im Kontext von Demokratie und Integration, insbesondere gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtspopulistischen Manipulationsagitation eine theoretische Grundlage jenseits pragmatischen Alltagshandeln. Zugleich verweist es notwendig auf eine idealtypische Handlungsorientierung, wie sie der GWA von Beginn an zugrunde lag: Menschen zusammenzubringen, deren Verständigung zu fördern und gemeinsames Handeln zu unterstützen, ist der Kern dieser Tätigkeit. Zusammenarbeit mit anderen gleichermaßen Betroffenen, gemeinsames Handeln oder gar Solidarität sind im Alltag des Gemeinwesens eher die Ausnahme. Aktivierung lautet oftmals der Arbeitsauftrag, ob im Quartiersmanagement im Rahmen der Sozialen Stadt oder etwa in einem Allgemeinen Sozialen Dienst, der im Rahmen einer Sozialraumorientierung betroffene Menschen eines Stadtteiles zusammenbringt. Immer wird es darum gehen, Menschen darin zu unterstützen, die individuellen Bewältigungsstrategien zu verlassen und den Weg des gemeinsamen, solidarischen Handelns zu suchen.

Solidarität ergibt sich dabei keineswegs von alleine. Sie muss erfahren, muss gelernt werden. „Wichtig ist, dass sich Menschen begegnen können und so jenes Quantum an Gemeinsamkeit und die Basis des wechselseitigen Vertrauens entstehen können. Also bedarf es alltagsorientierte Begegnungsorte und Lernfelder. Der lebensweltliche Zusammenhang, etwa innerhalb eines Wohnquartieres, bietet die Voraussetzungen für die Entwicklung jener zwischenmenschlicher Verständigung im Alltag, die der Solidarität vorausgehen muss.“ (Rausch, 2006: 92)

Interessanterweise kommt auch der weltweit geschätzte Philosoph und Soziologe Baumann am Ende seines Buches „Die Angst vor den anderen“ zu ähnlichen Schlussfolgerungen, wie oben skizziert. Eingangs schreibt er noch etwas zurückhaltend: „Das erste Hindernis auf dem Weg zum Abbau der wechselseitigen Entfremdung ist die Verweigerung eines Dialogs: das aus Selbstentfremdung, Distanz, Achtlosigkeit, Zurücksetzung und Gleichgültigkeit geborene (und davon wiederum verstärkte) Schweigen“ (a.a.O., S. 24) Er orientiert auf das Gespräch und die Begegnung von Menschen mit unterschiedlichen Lebenswelten und schließlich „damit das geschehen kann, damit zwei Welten, die sich unbekannt sind, damit beide Seiten des Gespräches miteinander vertraut werden können, müssen die beiden bislang getrennten – nicht miteinander vereinbaren und deshalb fremden – Lebenswelten sich gegenseitig näher kommen und sich schließlich überlappen.“ (a.a.O., S. 112).

Es geht also zuvörderst darum Begegnungen zwischen Menschen, die sich bislang fremd sind, weil sie zu wenig voneinander wissen oder weil ihre Auftretens- und Lebensweisen zu ungewohnt sind, zu ermöglichen. Ohne diese notwendig organisierte, arrangierte Begegnung und das Gespräch, in dem emotionales Vertrauen sich langsam entwickeln kann, um später im Dialog auch unterschiedliche Sichtweisen und Erwartungen zu erörtern, werden die vielen Sorgen, Ängste und realen Probleme, die durch die Zuwanderungen der letzten Jahre befördert wurden, nicht bewältigt werden.

Gemeinwesenarbeit hat in diesem Arrangement von Begegnungen und den vorausgehenden niedrigschwelligen Kontaktaufnahmen jahrzehntelange Erfahrungen und verfügt über ein hierfür nützliches, breites Spektrum methodischer Verfahren und Arbeitsweisen. Und wenn „Solidarität der menschlichen Interessen verwirklicht werden soll, wird es undenkbar, dass eine Klasse von Menschen für die vermeintlichen Bedürfnisse einer anderen Klasse von Menschen geopfert werden soll. [...] Für verschiedenste Gruppen von Männern und Frauen in der ganzen Welt ist offenbar die Zeit gekommen, um sicherzustellen, dass alle Menschen gegen den Hungertod versichert werden müssen.“ (Jane Addams, zitiert nach Staub-Bernasconi 1995, S. 5)

Solidarität bietet, unter diesen Prämissen durchaus eine hoffnungsvolle Perspektive für das Zusammenleben in der durch Globalisierung, Diversität und Disparität geprägten Einwanderungsgesellschaft. Mit der Gemeinwesenarbeit verfügt die Soziale Arbeit über ein Arbeitsfeld und ein theoretisch fundiertes, handlungsorientiertes Fachkonzept, das die schwierigen aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen mitgestalten kann. Geradezu antizyklisch ausgerichtet

vermag sie so auch in turbulenten Zeiten Orientierung beibehalten und zuverlässiger Partner für jene zu sein, die dringend der Solidarität bedürfen. Schließlich und nicht zuletzt hilft sich Soziale Arbeit über die Solidarisierung und Parteilichkeit im Brecht'schen Sinne selbst: "Hilf Dir selber, in dem Du uns hilfst: übe Solidarität!".